

RESOLUTIONSVORSCHLAG¹

CSV-Nationalkongress vom 25. März 2017, Ettelbrück

„E kloere Plang fir staark Gemengen“

Wir wollen allen Menschen landesweit eine hohe Lebensqualität bieten. Wir wollen ihnen Sicherheit und Hilfe im Notfall garantieren. Wir wollen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern ein soziales, lebendiges Miteinander und ein attraktives Lebensumfeld in unseren Ortschaften schaffen.

Das setzt eine harmonische Zusammenarbeit von nationaler und lokaler Politik voraus. Wir brauchen eine sinnvolle und klare Aufgabenteilung zwischen Staat und Gemeinden. Wir brauchen Gemeinden, die handlungsfähig sind. Gemeinden, die über die notwendigen Mittel verfügen, um im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger arbeiten zu können.

1. Starke Gemeinden unterstützen das Familienleben

Für die CSV hat die Lebensqualität der Familien und das Wohl der Kinder oberste Priorität. Jede Familie hat das Recht, ihren Lebensmodus selbst zu bestimmen. Wir stehen für Wahlfreiheit. Diese hängt für viele Eltern auch vom lokalen Angebot der Kinderbetreuung ab:

- Wir werden die Gemeinden beim **Ausbau eines flächendeckenden, qualitativ hochwertigen und flexiblen Betreuungsangebots** unterstützen.
- Wir werden die **Genehmigungsverfahren und Kriterien vereinfachen** sowie die unterschiedlichen Betreuungsstrukturen aufeinander abstimmen.

2. Starke Gemeinden planen und gestalten mit Weitsicht

Eine harmonische Entwicklung des Landes setzt eine konsequente Planung voraus. Die CSV steht für eine weitsichtige Siedlungs-, Bbauungs- und Mobilitätspolitik:

- Wir setzen **die Dezentralisierung auf Basis des IVL-Konzepts** entschlossen fort. Die regionalen Zentren sollen aufgewertet werden.
- Wir halten an den vier **„Plans directeurs sectoriels primaires“** über Transport, Wohnungsbau, wirtschaftliche Aktivitätszonen und Landschaften fest. Diese sollen in Einbindung der Gemeinden überarbeitet und schnellst möglich umgesetzt werden.
- Wir werden **das Gesetz über die Bbauungspläne auswerten** und gegebenenfalls **notwendige Anpassungen** vornehmen.
- Wir werden die Gemeinden beim **Ansiedeln von Klein- und Mittelbetrieben** unterstützen und das lokale Handwerk fördern.
- Wir sorgen für **eine effiziente Verzahnung von Individualverkehr, öffentlichem Transport und sanfter Mobilität**. Nationale Entscheidungen, die sich auf lokales

¹ Der Resolutionsvorschlag wurde vom Kongress der Christlich-Sozialen Gemeinderäte (CSG) vom 6. Februar 2017 in Bergem mit 32 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen.

34 Verkehrsaufkommen auswirken, dürfen nicht über die Köpfe der betroffenen Gemeinden
35 hinweg getroffen werden.

36 Besonders beim Wohnungsbau müssen Staat und Gemeinden noch enger zusammenarbeiten:

37 - Wir werden die Handlungsfähigkeit der nationalen und kommunalen Entscheidungsträger
38 durch neue Strukturen wie eine **nationale Siedlungs- und Entwicklungsgesellschaft**
39 stärken.

40 - Wir werden die Gemeinden verstärkt in die Schaffung von sozialen Mietwohnungen
41 einbinden. In Zusammenarbeit und Absprache mit dem Syvicol werden wir ein
42 **Quotenverfahren für soziale Mietwohnungen** einführen.

43 - Wir werden dafür sorgen, dass die Gemeinden **bei der Besteuerung von leerstehenden**
44 **Wohnungen und ungenutztem Bauland** Unterstützung erhalten.

45 3. Starke Gemeinden sorgen für eine lebenswerte Umwelt

46 Die CSV steht für einen verantwortungsvollen Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Wir setzen
47 uns deshalb für eine nachhaltige Politik ein:

48 - Wir stellen den **Schutz aller Gewässer**, der Oberflächengewässer und des Grundwassers,
49 in den Mittelpunkt. Wir werden weiter Kläranlagen ausbauen und die Gemeinden
50 dementsprechend finanziell unterstützen.

51 - Eine hochwertige und bezahlbare Wasserversorgung muss landesweit gesichert sein. Wir
52 sind für **einen harmonisierten Wasserpreis**. Langfristig streben wir einen einheitlichen,
53 aber sozial gestaffelten Wasserpreis an.

54 - Wir unterstützen die Gemeinden bei ihren **Bestrebungen und Maßnahmen für mehr**
55 **Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Energieeinsparung**.

56 - Wir werden **die Verarbeitung von lokalen, regionalen, biologischen und**
57 **fairgehandelten Produkten** in Kantinen und Großküchen der Gemeinden fördern.

58 4. Starke Gemeinden fördern das soziale Miteinander und helfen Schutzsuchenden

59 In der Flüchtlingsfrage muss Luxemburg seine Verantwortung übernehmen. Die CSV setzt sich für
60 die Unterstützung der Menschen ein, die vor Verfolgung, Krieg, Hunger und Armut, die aus
61 politischen, religiösen oder ethnischen Gründen aus ihrem Heimatland zu uns fliehen.

62 Aufnahme und Betreuung der Flüchtlinge und Asylbewerber müssen aber in geordneten Bahnen
63 verlaufen. Dies setzt eine kohärente Organisation voraus:

64 - Wir werden **ein Lastenheft** erstellen, in dem die Aufgaben der verschiedenen Akteure
65 (Staat, Gemeinde, Zivilgesellschaft und Wohltätigkeitsorganisation) aufgezeichnet werden.

66 - Wir werden dafür sorgen, dass die Gemeinden **die nötige Hilfe und Unterstützung** bei
67 der Unterbringung und Versorgung bekommen. Jede Gemeinde, die Flüchtlinge aufnimmt,
68 soll eine Konvention mit dem Staat unterschreiben.

69 Alle Gemeinden müssen sich solidarisch an den nationalen Bemühungen bei der Aufnahme der
70 Flüchtlinge beteiligen:

71 - Wir werden bei der Verteilung zwischen den Gemeinden **Quoten** einführen und diese
72 national durchsetzen, falls die interkommunale Solidarität versagt.

73 Ein funktionierendes Zusammenleben bedingt **die gesellschaftliche Integration aller**
74 **Bürger/innen**.

75 - Wir werden die Gemeinden im Bereich **der Arbeitsloseninitiativen** sowie gezielt bei
76 lokalen Projekten zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit unterstützen.

77 Die lokalen Vereine wie auch die Glaubensgemeinschaften leisten einen wichtigen Beitrag zum
78 sozialen Miteinander und haben ihren Platz im Gemeindeleben.

79 - Wir sprechen uns dafür aus, dass es zukünftig pro Gemeinde **eine Kirchenfabrik** geben
80 soll. Im Sinne der kommunalen Autonomie soll jede Gemeinde selbst entscheiden können,
81 ob sie sich an der Erhaltung der Kirchengebäude finanziell beteiligt. Wir befürworten zudem
82 die Schaffung einer „Mutuelle“, einer Art Versicherungsgesellschaft, für Kirchenfabriken.
83 Diese neue Struktur soll über Gebühren von allen Kirchenfabriken gespeist werden und im
84 Fall eines Defizits einer Kirchenfabrik für dieses aufkommen.

85 - Wir werden **klare Richtlinien** bei der Finanzierung von kulturellen und sportlichen
86 Infrastrukturen aufstellen.

87 5. Starke Gemeinden bieten Sicherheit und Hilfe im Notfall

88 Die medizinische Versorgung muss flächendeckend garantiert sein. Wir brauchen Rettungsdienste,
89 die jedem, der sich in einer Notlage befindet, schnell und kompetent helfen können. Die CSV steht
90 deshalb **einer Reform der Rettungsdienste** prinzipiell positiv gegenüber:

91 - Wir werden im Parlament weiter auf **die Unzulänglichkeiten des Reformprojekts**
92 hinweisen und notwendige Verbesserungen fordern.

93 - Wir werden **die Umsetzung der Reform** genau überprüfen und gegebenenfalls die
94 notwendigen Anpassungen einfordern.

95 - Wir werden die **Professionalisierung der Rettungsdienste** bei gleichzeitiger **Förderung**
96 **des Ehrenamtes** vorantreiben.

97 Auch die Polizei muss den neuen Herausforderungen gerecht werden:

98 - Wir begrüßen prinzipiell **eine Reform der Polizei**. Die Schließung einiger Kommissariate
99 sehen wir aber skeptisch. Wir werden dafür sorgen, dass die „**Police d’intervention**“ nicht
100 gegen die „**Police de proximité**“ ausgespielt wird. Beide haben ihre Daseinsberechtigung.

101 - Wir werden den **Platzverweis** einführen. So kann eine Person vorübergehend von einem
102 Ort verwiesen oder ihr vorübergehend das Betreten eines Ortes verboten werden. Die
103 sozialen Auffangstrukturen sollen zugleich gestärkt werden, um gegebenenfalls
104 Hilfsbedürftigen die notwendige Fürsorge zu ermöglichen.

105 - Wir werden ein **generelles, landesweites Vermummungsverbot** einführen, anstatt dies
106 den Gemeinden zu überlassen.

107 - Wir werden den **Gemeindeagenten ein neues Statut geben**. Sie sollen für
108 Ordnungswidrigkeiten, bei denen administrativen Strafen verhängt werden, zuständig sein.

109 6. Starke Gemeinden sind handlungsfähig

110 Manche Gemeinden stoßen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben heute an ihre Leistungsgrenzen. Es
111 fehlt an budgetären Mitteln, an Infrastrukturen, an Personal oder an administrativem und
112 technischem Know-how, um alle notwendigen und gewünschten Dienstleistungen anbieten zu
113 können.

114 - Wir werden **die Landkarte der Gemeinden neu gestalten**. Die Notwendigkeit von
115 Gemeindefusionen soll den Bürgern mittels einer landesweiten Informationskampagne
116 vermittelt werden, welche vom Innenministerium koordiniert werden soll. Diese ist **mit den**
117 **Verantwortlichen der visierten Gemeinden** abzustimmen. Fusionen sollen auf Grund
118 klarer Kriterien und mittels angemessener administrativer und finanzieller Unterstützung
119 staatlicherseits zustande kommen.

120 - Wir werden **die Finanzierungsfragen** auf Basis der Territorialreform neu regeln. Für die
121 CSV bilden die Reformen der Gemeindefinanzen und der territorialen Neuordnung ein
122 Ganzes. Die IVL-Karte von 2004 muss dabei überdacht werden und für die Gewichtung bei
123 der Gemeindefinanzierung zwingend sein.

124 Die Gemeinden brauchen eine größere finanzielle Planungssicherheit:

125 - Wir werden die **staatlichen Beihilfen** transparenter und regional ausgewogener gestalten.

126 - Wir werden eine robustere Absicherung der Einnahmen des kommunalen Sektors durch die
127 **Koppelung an die Staatseinnahmen** erreichen.

128 - Wir werden die **Grundsteuer** den heutigen Verhältnissen anpassen.

129 Eine territoriale Neuordnung ermöglicht des Weiteren eine Reform der politischen Institutionen, die
130 auf drei zusammenhängenden Elementen beruhen soll:

131 - Wir werden **das Bürgermeisteramt in ein hauptberufliches Amt umwandeln**. Das
132 Statut des Bürgermeisters wird bei einer Reduzierung der Anzahl der Gemeinden gestärkt.

133 - Wir werden zugleich dafür eintreten, dass bestimmte nationale und kommunale Mandate
134 **nicht** länger **miteinander vereinbar** sind.

135 - Wir werden **eine neue Vertretung der gewählten Gemeindeverantwortlichen**
136 schaffen.